

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/09/2011

über die öffentliche und nicht öffentliche Sitzung
des Hauptausschusses am 24.10.2011,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:59 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi

beratend

Frau Doris Brandt

i. V. f. StV Wilde

Herr Detlef Levenhagen

Frau Monja Löwer

Frau Susanne Philipp-Richter

Herr Hinrich Schmick

Frau Petra Wilmer

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Werner Bandick

Herr Jan-Christian Ebert

Kinder- und Jugendbeirat; bis
TOP 13

Herr Christof Schneider

Seniorenbeirat; bis TOP 13

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Thomas Reich

Frau Meike Niemann

Herr Horst Kienel

Herr Robert Link

Frau Cornelia Kositzki

bis TOP 11

Frau Angela Köhnke-Treptow

bis TOP 13

Frau Kerstin Bath

bis TOP 10

Frau Gabriele Fricke

bis TOP 13

Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Roland Wilde

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 8/2011 vom 19.09.2011
5. Bericht des Bürgermeisters
 - 5.1 Antrag WAB-Fraktion "Teile, die dem Protokoll zugefügt worden sind, deutlicher zu kennzeichnen"
 - 5.2 Sitzungsgeld für stellvertretende Bürgerliche Mitglieder
 - 5.3 Zusatzinformationen im Ratsinformationsportal
 - 5.4 Auswahl und Einführung einer Remote-Control-Software zur verbesserten Benutzerbetreuung per Fernwartung
 - 5.5 Keine Getränke für die Gremiensitzungen
6. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 31.10.2011
7. Erweiterung der Einwohnerfragestunde **2011/090**
8. Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung **2011/097**
- Vorschlag zur Weiterführung der Bürgerbeteiligung
- v e r t a g t -
9. Erlass der Haushaltssatzung 2012 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2012 - **2011/125**
10. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 **2011/121**
11. Entsperrern von Haushaltsmitteln für Hard- und Software **2011/126**
12. 4. Änderungssatzung der Hauptsatzung **2011/127**
13. Verschiedenes
 - 13.1 Antrag zur Behandlung des Punktes "Landesgartenschau"

5. Bericht des Bürgermeisters

5.1 Antrag WAB-Fraktion "Teile, die dem Protokoll zugefügt worden sind, deutlicher zu kennzeichnen"

In der Sitzung des Ältestenrates am 29.09.2011 hat Ausschussmitglied Heidenreich beantragt, **Teile im Protokoll, die nicht in der Sitzung gesagt wurden, optisch hervorzuheben**, damit andere Mitglieder, die nicht in der Sitzung dabei sind, die zusätzlichen Informationen unproblematisch erfassen. Der Ältestenrat hat dem Antrag mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmen anschließend dem Vorschlag der Verwaltung der Hervorhebung von Teilen im Protokoll, die nicht in der Sitzung gesagt wurden, durch einen markierten Rahmen einstimmig zu.

5.2 Sitzungsgeld für stellvertretende Bürgerliche Mitglieder

Im Hinblick auf die hohe Anzahl von stellvertretenden Bürgerlichen Mitgliedern, die stellvertretend häufig nur in einem Ausschuss präsent sind, und der Empfehlung des Ältestenrates, die Anzahl der stellvertretenden Ausschussmitglieder von 3 auf 5 zu erhöhen, hat der Ältestenrat in seiner Sitzung am 29.09.2011, TOP 4.3, empfohlen, rechtlich zu prüfen, ob eine Zahlung von Sitzungsgeld an die stellvertretenden Bürgerlichen Ausschussmitglieder für Fraktionssitzungen ausschließlich bei Teilnahme und Wahrnehmung der Stellvertreterfunktion im entsprechenden Ausschuss erfolgen kann. Gegen das Verfahren bestehen keine rechtlichen Bedenken. Die Gewährung von Sitzungsgeld für die Fraktionssitzung erfolgt ab 01.11.2011 erst dann, wenn das stellvertretende Bürgerliche Mitglied seine Funktion der Stellvertretung auch im Ausschuss tatsächlich wahrnimmt. In diesem Fall würde das stellvertretende Bürgerliche Mitglied im Nachgang für die vergangene Fraktionssitzung Sitzungsgeld erhalten.

5.3 Zusatzinformationen im Ratsinformationsportal

In der Sitzung des Hauptausschusses am 19.09.2011 wurde der Wunsch herangetragen, größere Anlagen und Dokumente, die nicht im Sitzungsdienst hinterlegt sind, den Stadtverordneten über das Internet zur Verfügung zu stellen. Über das Programm „Session-Net“ ist es nun möglich, diese Dokumente auf dem Ahrensburger Web-Server direkt zur Verfügung zu stellen.

Entsprechend der Anlage werden zwischenzeitlich Amtsblätter, Bundesgesetzblätter und sonstige Schreiben im Ratsinformationssystem bekannt gegeben (**siehe Anlage**).

Der Hauptausschuss kommt überein, dass Gesetz- und Verordnungs- sowie Amtsblätter nicht mehr in Papierform verteilt werden müssen. Ob Dokumente, wie Bericht der Gleichstellungsbeauftragten oder verschiedene Schreiben wie Haushaltserlass 2012 und Erlass zum Thema Haushaltskonsolidierung weiterhin in Papierform gewünscht werden, muss im Einzelnen in den Fraktionen abgestimmt werden.

5.4 Auswahl und Einführung einer Remote-Control-Software zur verbesserten Benutzerbetreuung per Fernwartung

Die EDV-Abteilung hat zur effektiven Betreuung der Anwender eine Fernwartungssoftware eingeführt.

Diese ermöglicht es, nach telefonischer Kontaktaufnahme des Anwenders eine Remote-Desktop-Verbindung mit dessen Rechner herzustellen, sodass die EDV-Abteilung Probleme und Fehler in der Regel sofort erkennen und Hilfe leisten kann, ohne den Arbeitsplatz des Nutzers aufsuchen zu müssen. Die Einführung dieses Arbeitsmittels ermöglicht es, einfach, schnell und für die Anwender vollständig nachvollziehbar Fehlermeldungen der User aufzunehmen, einzuordnen und in einer Vielzahl der Fälle das Probleme „remote“ zu beheben.

5.5 Keine Getränke für die Gremiensitzungen

Bürgermeister Sarach kündigt an, dass ab 01.01.2012 keine Getränke mehr für die Gremiensitzungen durch die Kantine bereitgestellt werden. Die Kantine wird zum 30.09.2012 aufgelöst.

Die Mitglieder des Hauptausschusses bitten um Aufstellung eines entsprechenden Getränkeautomaten für Kaltgetränke wie im Rettungszentrum Am Weinberg.

6. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 31.10.2011

Bürgermeister Bandick weist darauf hin, dass in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.10.2011 voraussichtlich die TOP 8 (Bebauungsplan Nr. 91 – Teilgebiet A – „Hansdorfer Straße-Nord, Vorlagen-Nr. 2011/062/1) und TOP 9 (Bebauungsplan Nr. 91 – Teilgebiet B – „Hansdorfer Straße, Vorlagen-Nr. 2011/063/1) behandelt werden. In diesem Zusammenhang sind zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten 8 und 9 **jeweils** 2 Vorlagen mit gleichem Inhalt, aber unterschiedlichen Anlagen versandt worden, wobei die eine Vorlage ausschließlich die lesbare Satzung der Stadt Ahrensburg über den Bebauungsplan Nr. 91 A und B enthält. Die andere Vorlage enthält die Anlage ohne lesbare Satzung. Beide Vorlagen sind zu dem jeweiligen Tagesordnungspunkt 8 und 9 mitzubringen. Ausschussvorsitzender Möller weist darauf hin, dass die Satzung einschließlich des Textteils B mit den textlichen Festsetzungen im Rahmen der Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung für alle sichtbar per Beamer an der Leinwand dargestellt werden sollte.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 15 und 18 „Grundstücksangelegenheit“ aufgrund einer zwischenzeitlich eingegangenen gutachterlichen Stellungnahme von der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgesetzt werden soll.

Der Hauptausschuss nimmt die Änderungen zur Kenntnis.

7. Erweiterung der Einwohnerfragestunde

Ausschussmitglied Schmick erklärt, dass grundsätzlich die bisherige Regelung in § 27 der Geschäftsordnung der Stadt Ahrensburg zur Einwohnerfragestunde beibehalten werden sollte. Die Vorsitzenden sollten jedoch berechtigt sein, nach Präsentationen zusätzlich kurze Verständnisfragen mit einer maximalen Dauer von 15 Minuten zuzulassen.

Von der Verwaltung wird auf die Möglichkeit hingewiesen, dass gemäß § 16 c Abs. 2 in Verbindung mit § 46 Abs. 12 Gemeindeordnung die Gemeindevertretung/der Ausschuss jederzeit beschließen kann, Einwohner, die von dem Gegenstand der Beratung betroffen sind, anzuhören. Es besteht keine rechtliche Grundlage, dass der Ausschussvorsitzende einseitig die Einführung einer 15-minütigen Fragestunde beschließt.

Der Ausschuss kommt überein, da die Sitzungen bürgernah praktiziert werden, die Anregung von Ausschussmitglied Schmick bei eventuellen Auffälligkeiten wieder aufzugreifen.

Anschließend stimmen die Mitglieder des Hauptausschusses wie folgt über den Beschlussvorschlag ab:

Abstimmungsergebnis:

5 dafür

2 Enthaltungen

8. Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung
- Vorschlag zur Weiterführung der Bürgerbeteiligung

- *vertagt* -

9. Erlass der Haushaltssatzung 2012 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2012 -

Die Verwaltung erläutert die Veränderungsliste zum Stellenplan 2012. In diesem Zusammenhang stellen die Ausschussmitglieder Verständnisfragen wie folgt:

Veränderungen in Teil A – Verwaltung

Stelle Nr. 2 – Vorzimmer Bürgermeister

In diesem Zusammenhang bittet Ausschussmitglied Löwer um eine Aufstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Ahrensburg, die sich in Altersteilzeit und Beurlaubung befinden, auch im Vergleich mit anderen Gemeinden. Die Verwaltung weist darauf hin, dass eine Vergleichbarkeit mit anderen Städten aufgrund der sehr unterschiedlichen Struktur schwierig ist und verweist auf die Möglichkeit eines eventuellen IT-gestützten Kennzahlensystems.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die gewünschte Aufstellung ist als **Anlage 1** beigelegt.*

Stelle Nr. 38 – Datenschutzmitarbeiter

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass ein Know how ohne Schulung nicht vorhanden ist, andererseits eine Besetzung der 0,25-Stelle schwierig zu realisieren sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Stelle ist aufgrund der besonderen Qualifikationsanforderungen auszuschreiben, es sei denn qualifizierte Teilzeitkräfte sind zur Aufstockung ihrer Stundenanzahl bereit.

Stelle Nrn. 62, 65, 66 – Einwohnerverwaltung

Die Stellen befinden sich in der Einwohnerverwaltung. Ein Mitarbeiter der Einwohnerverwaltung ist am 31.12.2010 in Rente gegangen, sodass eine halbe Stelle zur Verfügung steht, die auf 2 Mitarbeiter innerhalb der Einwohnerverwaltung aufgeteilt wird.

Stelle Nr. 73 – Verkehrsaufsicht

Das Datum der Verrentung wurde an das gesetzliche Renteneintrittsalter angepasst. Die Stelle ist bis zum Ruhestand des Stelleninhabers zu sichern.

Stelle Nr. 77 – Verkehrsaufsicht

Die Veränderungsliste beinhaltet eine Aufstockung um 0,24 Stellenanteilen. Die Stelleninhaberin ist als Politesse mit zurzeit 19,5 Wochenstunden tätig. Aufgrund der beschlossenen Änderungen zu den Parkregelungen durch die politischen Gremien ist davon auszugehen, dass der Kontrollbedarf des ruhenden Verkehrs zunimmt. Begründet wird dies damit, dass sich die Parkgebühren erhöhen, aber auch der ruhende Verkehr in die angrenzenden Wohngebiete verlagert wird. Einerseits wird die Auffassung vertreten, dass zunächst die Auswirkungen der Erhebung von Parkgebühren auf der Alten Reitbahn ab dem 01.11.2011 abgewartet werden sollten, andererseits wird auf den jetzt bereits bestehenden Engpass in Bezug auf das Ausweichen von Pkw auf Anliegerstraßen verwiesen.

Stelle Nr. 109 – Bauverwaltung

Die Veränderungsliste enthält eine Stundenaufstockung um 0,12 Stellenanteilen ab dem 01.02.2012 innerhalb des Fachbereichs Stadtplanung/Bauen/Umwelt im FD IV.1 Bauverwaltung und Fachbereichscontrolling. Der neue Stelleninhaber nimmt zusätzlich Eintragungen von Baulasten sowie das Erteilen von mündlichen und schriftlichen Auskünften aus dem Baulastenverzeichnis vor. In diesem Zusammenhang wird gebeten zu klären, bei welcher Stelle Tätigkeiten entfallen.

Anmerkung der Verwaltung:

Es handelt sich um eine Aufgabenumorganisation. Die Stelle 109/2011 erhält 4,56 Stunden zusätzlich; diese Aufgaben hatte die Stelleninhaberin 120/2011 wahrgenommen. Die Stelleninhaberin 120/2011 übernimmt dafür Aufgaben des Stelleninhabers 128/2011. Die Stelle 128/2011 ist zurzeit unbesetzt und soll voraussichtlich Aufgaben des vorbeugenden Brandschutzes erfüllen.

Stelle Nr. 121 – Stadtplanung/Bauaufsicht/Umwelt

Es handelt sich lediglich um eine organisatorische Aufteilung. Eine halbe Stelle bleibt bei der Stelle 121, die weitere halbe Stelle wird organisatorisch dem Tiefbau zugeordnet (Stelle Nr. 135)

Stelle Nr. 124 – Stadtplanung/Bauaufsicht/Umwelt

Hierbei handelt es sich lediglich um eine Anpassung des kw-Vermerks aus rechtlichen Gründen bzw. aufgrund der Anhebung der gesetzlichen Regelaltersgrenze.

Stelle Nr. 128 – Stadtplanung/Bauaufsicht/Umwelt

Bei einer Vollzeitstelle, die bisher mit 2 Halbtagsstellen besetzt war, verbleibt ein Stellenanteil von 0,5, unter anderem für die Aufgabe des vorbeugenden Brandschutzes (siehe auch Begründung zu den Stellenplanveränderungen in der Vorlage).

Stelle Nr. 134 – Straßenwesen

Tarifrechtlich besteht ein Anspruch auf entsprechende Bewertung der Stelle.

Stelle Nrn. 147, 148 – Kantine

Die Kantine wird zum 30.09.2012 aufgelöst. Die Stellen entfallen zum 30.09.2012.

In der Summe der Veränderungsliste zum Stellenplanteil A besteht somit ein Zugang der Stellen um 0,24 Stellenanteile.

Veränderungen in Teil B – Einrichtungen

Stelle Nr. 155

Hierbei handelt es sich lediglich um eine Anpassung des kw-Vermerks aus rechtlichen Gründen bzw. aufgrund der Anhebung der gesetzlichen Regelaltersgrenze.

Stelle Nrn. 170, 172 – Kindertagesstätte Pionierweg

Die Bezahlung der Erzieherinnen richtet sich nach der Anzahl der zu betreuenden Kinder. Ändert sich die Richtzahl, ist entsprechend zum darauffolgenden Jahr die Vergütung anzupassen.

Stelle Nr. 183

In der Kindertagesstätte Pionierweg besteht seit dem 01.08.2011 die Möglichkeit, die Betreuung von Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren in Anspruch zu nehmen. Es zeigt sich bereits zum jetzigen Zeitpunkt, dass die Randzeiten (Früh- und Spätdienste) sehr nachgefragt sind. Zeichnet sich ab, dass die Nachfrage für einen weiteren Früh- und Spätdienst höher ist als zurzeit vorhanden, soll das Angebot ab August 2012 erweitert werden (siehe auch Erläuterungen Seite 46 der Vorlage zu Stelle 183).

Stelle Nrn. 220, 221

Hierbei handelt es sich lediglich um eine Anpassung des kw-Vermerks aus rechtlichen Gründen bzw. aufgrund der Anhebung der gesetzlichen Regelaltersgrenze.

Stelle Nrn. 193, 204, 205 – Kindertagesstätte Schäferweg

Eltern, die ihre Kinder in der Kindertagesstätte Schäferweg betreuen lassen, wünschen sich eine verlängerte Betreuungszeit. Um diese Betreuung anzubieten, sind insgesamt 36 pädagogische Personalstunden ab dem 01.08.2012 zusätzlich erforderlich.

Stelle Nrn. 227, 228 – VHS

Die Veränderungsliste weist unter der Position 31 (Stellenplan 228/212) die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle mit 0,5 Stellenanteilen aus. Das Geschäftszimmer der Volkshochschule ist zurzeit mit 1,5 Stellenanteilen (1 Vollzeit-, 1 Teilzeitkraft) besetzt. Durch die Umwandlung von 1,0 Stellen (Stellenplan Nr. 227) in eine **Sozialplanstelle** ist der weiteren Stelleninhaberin Nr. 226 mit 19,5 Wochenstunden nicht möglich, den Geschäftsbetrieb, insbesondere in der Anmeldezeit zu Beginn des Semesters allein zu bewältigen. Der Hauptausschuss bittet zum einen zu prüfen, ob die zusätzliche Arbeit nicht durch Mehrarbeit ausgeglichen werden kann bzw. die Bereitstellung von zusätzlichen Stunden eine Anhebung der Kursgebühren bedingt. Bürgermeister Sarach weist darauf hin, dass die VHS einer der 10 meist frequentierten Einrichtungen des Landes Schleswig-Holstein ist und dass diese Auszeichnung durch ausreichend Personal weiterhin erhalten bleiben sollte. Gerade in dem Anmeldebereich ist eine ausreichende Personalbesetzung für eine größtmögliche Kundenzufriedenheit und Sicherstellung der Einnahmesituation erforderlich.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Lösung mit Mehrarbeitszeiten den Stoßbetrieb abzufangen, praktiziert die VHS bereits seit Jahren. Zusätzlich arbeitet die VHS jedoch mit Hilfskräften auf Honorarbasis, um Engpässe zu überbrücken. Die Inhaberin der halben Stelle kann die anfallenden Aufgaben im Geschäftsbetrieb gerade in der Anmeldezeit jedoch bei Ausfall durch Krankheit nicht allein bewältigen. Sie erledigt bereits die Aufgaben einer ehemals vollen Stelle (Reduzierung im Haushaltsjahr 2007 von 2 auf 1,5 Stellen) und kann nicht zusätzlich auffangen, was an anderer Stelle nicht leistbar ist.

Die zusätzliche Einrichtung einer halben Stelle verändert den Deckungsgrad auf ca. 58,4 %. Zurzeit beträgt der von den Politikern festgelegte Kostendeckungsgrad 60 %. Die Kostendeckungsgrenze von 60 % wird bei Einrichtung der halben Stelle nicht mehr eingehalten.

Ausschussmitglied Philipp-Richter bittet um einen Vergleich der Anzahl der Stellen im Stellenplan der Mittelstädte.

Anmerkung der Verwaltung:

*Eine entsprechende Aufstellung ist als **Anlage 2** beigefügt. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit ist aufgrund der unterschiedlichen Struktur, z. B. Zuordnung Bauhof, Anzahl von Einrichtungen nicht gegeben.*

Anschließend wird der Stellenplan zwecks Beratung in den Fraktionen ver-
tagt.

10. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012

Die Zusammenstellung des Ergebnishaushaltes, deren Produkte in der Zuständigkeit des Hauptausschusses liegen, ist als **Anlage** beigefügt:

Im Einzelnen wird auf folgende Positionen eingegangen:

Produkt 53200 Gasversorgung

Das künftige Wohngebiet Erlenhof ist noch nicht bei der Konzessionsabgabe Gas 2013 bis 2015 berücksichtigt. Der Ertrag dürfte auch eher eine untergeordnete Rolle spielen.

Produkt 11125 Allgemeine Rechtsangelegenheiten

Der erhöhte Ergebnisaufwand liegt an der Änderung der Personalausgaben durch eine Stellenverschiebung aus dem Bereich von Ordnungsangelegenheiten.

Produkt 11165 Einrichtung für die Gesamtverwaltung

Die Erhöhung hängt zusammen mit der verstärkten Durchführung von Führungskräfte-seminaren, der anstehenden Dienstpostenbewertung für Beamte bzw. Veränderungen von diversen Sachkosten.

Produkt 12600 „Brandschutz“

Die Differenz kommt dahingehend zustande, dass für das Jahr 2011 Erlöse durch den Verkauf der Drehleiter eingeplant sind. Der Verkaufsfall wiederholt sich nicht.

Stadtverordneter Bellizzi wünscht sich eine detaillierte Aufstellung, auch bei geringfügigen Differenzen mit einbezogen sämtliche Haushaltsjahre bis zum Jahr 2015.

Auf Anfrage wird mitgeteilt, dass sich die Fertigstellung der Eröffnungsbilanz wegen der Berücksichtigung der kürzlich fertig abgeschlossenen Verwendungsnachweise Eisenbahnkreuzungsmaßnahme voraussichtlich bis Januar 2012 herauszögert.

Im Nov./Dez. 2011 wird eine Abschlussprüfung der Eröffnungsbilanz durch die Wirtschaftsprüfer erfolgen.

Ausschussmitglied Brandt bittet, eine entsprechende Liste – wie im Hauptausschuss – auch für die anderen Ausschüsse bereitzustellen.

2011/126

11. Entsperrern von Haushaltsmitteln für Hard- und Software

Nach der Beantwortung von Verständnisfragen über die Notwendigkeit der Freigabe der gesperrten Mittel für Hard- und Software stimmt der Hauptausschuss dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2011/127

12. 4. Änderungssatzung der Hauptsatzung

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, der 4. Änderungssatzung der Hauptsatzung zuzustimmen.

13. Verschiedenes

13.1 Antrag zur Behandlung des Punktes "Landesgartenschau"

Bürgervorsteher Bandick teilt mit, dass ein Antrag eines Bürgers zur Behandlung des Punktes „Landesgartenschau“ zur Einwohnerversammlung am 29.11.2011 vorliegt, sodass die Tagesordnung der Einwohnerversammlung um diesen Punkt entsprechend ergänzt wird.

gez. Hartmut Möller
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin